Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 72 (1978)
Heft: 10

Artikel: Ein englischer Weg zur Gesundung der Wirtschaft
Autor: Furrer, Paul
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142747

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

stelle ich mir vor, mit unserm Text, daß es für seine Spender und Träger seinen besondern Lohn in sich trüge.

«Die Felder sind weiß zur Ernte», sagt Jesus in unserm Text. Ich möchte, an diese Weissagung anknüpfen und abschließend noch sagen, daß es nach meinem Ermessen **vorläufige Ernten** und eine **endgültige Ernte** des Reiches Gottes gibt. Die endgültige ist jene große am Ende der Zeiten, wann Gott «alles in allem» geworden sein wird und sein ewiger Wille, der jetzt schon in allem wirkt, endlich all-mächtig. Vorläufige Ernten aber sind einzubringen durch uns mit Gottes Hilfe in den Uebergangszeiten der wachsenden Schöpfung Gottes. Es gibt, wie im Mikrokosmos des Einzelmenschen, so auch im großen Kosmos der Schöpfung Zeiten, da geht das Wachstum schneller vor sich als gewöhnlich, da will es einen Sprung machen, eine neue Einstellung, eine neue Stufe finden. Und das sind Erntezeiten, die schon oft, wohl auch von Jesus, mit der endgültigen Ernte verwechselt worden sind. Ich glaube, daß wir heute in einer solch kritischen Uebergangszeit stehen, in der die wachen Menschen in ganz besonderer Weise gerufen sind, mitzuarbeiten in der Gemeinde derer, die zu nicht weniger als zum «Salze der Erde» berufen ist, und so mitzuhelfen, daß die Schöpfung den Weg zu ihrem Ziell nicht verfehlt. Vorfreude verspricht ihnen Jesus von jener Freude, die herrschen wird im endgültigen Anbruch des Reiches Gottes.

(Predigt vom 5. Februar 1978 im Andreashaus Riehen)

PAUL FURRER

Ein englischer Weg zur Gesundung der Wirtschaft

Die neueste Broschüre der Fabier — einer sozialistischen Richtung in England, die ihren Namen nach dem römischen Strategen Fabius Cunctator (Zauderer) gewählt hat, weil sie für ein stufenweises Vorgehen in der Politik eintritt — bringt uns erneut zum Bewußtsein, wie weit technische Leistungsfähigkeit und Sozialordnung in der Gegenwart auseinanderklaffen. Die Broschüre (Nummer 455) trägt den Titel «Industrial Common Ownership» (Industrielle Gemeinwirtschaft) und hat David Watkins M. P. zum Verfasser. Sie zeigt, wie die Produktivgenossenschaften durch die Labour-Partei aus dem Hauptstrom der Genossenschafts-Entwicklung vedrängt wurden, und wie erst einige Folgeerscheinungen der Rezession wieder jenen Kräften Auftrieb geben,

die sich für eine industrielle Gemeinwirtschaft einsetzen. Die nachstehenden Ausführungen sind hauptsächlich der Fabier-Broschüre entnommen,weil diese die Argumente für die Industrielle Gemeinwirtschaft prägnant zusammenfaßt. Die Nutzanwendung auf kontinentale und auch schweizerische Verhältnisse sollte nicht schwer fallen.

Gesetz über Produktivgenossenschaften

Im Gefolge von Betriebsstillegungen und Massenentlassungen durch Direktionen, die entsprechend ihrer vorrangigen Verpflichtung gegenüber den Kapitalgebern handelten, kam es in England wie in andern europäischen Ländern zu Fabrikbesetzungen. Die Arbeiter reagierten spontan, entschlossen das Recht auf Arbeit zu verteidigen, obschon ihnen das kapitalistische System dieses Menschenrecht bestreitet. Vielfach folgte auf die Fabrikbesetzung die Bildung von Arbeiter-Genossenschaften zur Weiterführung der Produktion unter kollektiver und demokratischer Kontrolle.

Infolge eines überholten Gesellschaftsrechts konnten sich diese Produktionsgenossenschaften bis 1976 jedoch nicht als solche etablieren, sondern sie wurden entweder als Aktiengesellschaften oder als Konsumgenossenschaften registriert. Auch erfolgten die Genossenschaftsgründungen manchmal unter panikartigen Umständen, übereilt und ohne fachmännische Beratung, woraus sich später Schwierigkeiten juristischer oder finanzieller Art ergaben, die nicht immer zu lösen waren, sodaß einzelne dieser Gründungen wieder liquidiert werden mußten.

Dessenungeachtet nehmen die Produktionsgenossenschaften seit 1973 stetig zu. Anhängern dieser Organisationsform, unter ihnen das erwähnte Parlamentsmitglied David Watkins, gelang es, 1976 im Unterhaus mit Unterstützung aus allen politischen Lagern das «Industrial Common Ownership Act» (Gesetz über industrielles Gemeineigentum) durchzubringen. Die Novelle anerkennt die Produktionsgenossenschaft von Arbeitern unter der Bezeichnung «Employee (Angestellten-)Trust». Dadurch wurde eine erste, wenngleich noch verbesserungsfähige Brücke zwischen Konsum- und Produktionsgenossenschaften geschaffen.

Nach dem neuen Gesetz «ist eine Unternehmung Industrieller Gemeinwirtschaft eine sich selbst verwaltende Produktivgenossenschaft, die bezweckt, die Lebensqualität der Mitarbeiter zu heben und der Allgemeinheit zu dienen». Die Produktionsmittel gehören den Personen, die in der Genossenschaft arbeiten und werden von ihnen demokratisch verwaltet. Die Gesamtheit der Mitarbeiter beschafft sich die Betriebsmittel am Kapitalmarkt zu möglichst niedrigem Zinsfuß.

Nach Abzug der Steuern und Rückstellungen für Investitionen im

Betrieb wird aus dem verbleibenden Reingewinn ein Bonus an die Mitarbeiter und ein weiterer für soziale Zwecke außerhalb der Genossenschaft ausgerichtet, über deren Höhe die Mitglieder bestimmen. Die Direktion ist der Gesamtheit der Mitarbeiter verantwortlich. Da das Unternehmen nicht auf Aktien beruht, ist keine Geschäftsübernahme durch Mitglieder oder gar Außenstehende möglich.

Firmen, die nach diesen Grundsätzen organisiert sind, haben sich schon vor 1976 in der «Bewegung für Industrielle Gemeinwirtschaft» zusammengeschlossen. Seit 1973 besteht eine Gemeinwirtschafts-Bank, die hauptsächlich den Uebergang von Aktiengesellschaften zu gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen finanzieren hilft. Das neue Gesetz von 1976 ermächtigt nun auch die englische Regierung, Firmen, die zur Gemeinwirtschaftsproduktion übergehen wollen, Anleihen und gewisse Steuererleichterungen zu gewähren. Die Regierungs-Anleihen sind angesichts der prekären Wirtschaftslage Großbritanniens vorläufig von geringer Höhe. Ihre Bedeutung liegt in der Unterstützung des Prinzips der Gemeinwirtschaft durch die Landesbehörde. Die Annahme des Gesetzes von 1976 beschleunigte denn auch die Entwicklung und verdoppelte die Zahl der Aspiranten für Gemeinwirtschaft innerhalb von wenigen Monaten.

Entfaltung der Produktivkräfte durch Gemeinwirtschaft

Ist Industrielle Gemeinwirtschaft das beste erreichbare System? Das ist die Frage, die man sich heute in den Labourkreisen stellt. Die Labour-Partei muß sich, wenn sie ihren Grundsätzen treu bleiben will, für den Gemeinbesitz an den Produktionsmitteln einsetzen. Die Verpflichtung des Parteiprogramms lautet, genau besehen, «den Gemeinbesitz an Produktionsmitteln durch das bestmögliche System öffentlicher Verwaltung und Kontrolle der Industrie und des Dienstleistungssektors zu sichern». Das System, das vorgezogen wurde, war bekanntlich die Nationalisierung, die nach den bisherigen Erfahrungen jedoch kaum als beste Methode für den Einsatz der Produktionsmittel bezeichnet werden kann, ist sie doch nichts anderes als Staatskapitalismus. So wurde zum Beispiel die nationale Verwaltung der englischen Kohlenbergwerke in den Streiks von 1973 und 1974 genau wie ein kapitalistisches Monopol manipuliert. Die verstaatlichten Unternehmen nähern sich immer mehr den privatwirtschaftlichen Großunternehmen und Kartellen, sodaß weder ihre Arbeiter noch ihre Kunden das Gefühl haben, irgendwie zum Wohl der Allgemeinheit beizutragen.

Die Mängel des kapitalistischen Systems und die Enttäuschung, welche die Nationalisierung hervorrief, dürften den Widerwillen gegen anonyme Korporationen, seien sie nun privat oder staatlich, verstärkt,

damit aber auch das Verlangen nach gemeinwirtschaftlichen und überschaubaren Betrieben geweckt haben.

Industrielle Gemeinwirtschaft bedeutet mehr als Nationalisierung, mehr als Mitbestimmung in Verwaltungsräten oder Gewinnbeteiligung, obschon solche Forderungen die Unzufriedenheit mit der herrschenden Wirtschaftsstruktur deutlich zum Ausdruck bringen. Unter englischen Oekonomen, die nicht dem Establishment angehören, weiß man, daß die Probleme der Briten nicht im Mangel an Intelligenz und Tatkraft liegen, sondern im Unvermögen des heutigen Wirtschaftssystems, das Können und den Leistungswillen in einem Maß freizusetzen, das der Bedeutung der britischen Nation für die Welt gerecht wird. Die Fabian Society vertritt die Auffassung, daß es nicht genügt, dem Management ein etwas fortschrittlicheres Image zu geben. Zur Entfaltung der Produktivkräfte, insbesondere zur Hebung der Einsatzfreudigkeit, des Arbeitsertrags und des Lebensstandards wie der Lebensqualität muß die ganze arbeitende Bevölkerung ihre Verantwortung für die Wirtschaft übernehmen und bejahen können. Das gilt natürlich nicht nur für England. In allen Ländern mit politischer Demokratie steckt die wirtschaftliche Demokratie noch in den Kinderschuhen. Die sozialistischen Staaten anderseits haben noch längst nicht die Demokratie erreicht, die Marx ursprünglich vorschwebte. Wirtschaftliche Demokratie ist so notwendig wie politische Freiheit. Keine Gesellschaft kann als wirklich demokratisch bezeichnet werden, in der die Leute nicht ebenso über ihre Arbeitskraft bestimmen können, wie über die Art, wie sie regiert werden wollen.

Geschichtlicher Rückblick

Industrielle Gemeinwirtschaft ist für England übrigens nicht neu, wurde sie doch schon in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts von einzelnen Volksgruppen gefordert und praktiziert. Die «Diggers» (Grabenden) zum Beispiel nahmen Brachland in Beschlag und bebauten es in Gemeinbesitz. Ein Peter Cornelius entwarf 1659 sogar einen klaren und detaillierten Plan, wie die Produktion auf eine Art und Weise organisiert werden könnte, die durchaus demokratisch und sozialistisch gewesen wäre. Leider brach das Commonwealth (der Name blieb erhalten!), das diesem Gedankengut günstig gesinnt war, 1660 zusammen. Unter der Monarchie der Stuarts wurde die Macht des Besitzes in verschärfter Form wieder hergestellt und damit der Verwirklichung demokratischer Projekte ein Riegel geschoben.

Erst das 19. Jahrhundert, die Zeit der Industrialisierung Englands und damit zugleich die Zeit der schlimmsten kapitalistischen Exzesse, sah wieder ein Aufleben gemeinwirtschaftlicher Versuche. Schon während der Napoleonischen Kriege entstanden Getreidemühlen und Bäk-

kereien, die von Arbeitern kooperativ betrieben wurden. Um die selbe Zeit wollte Robert Owen aus seinen Baumwollspinnereien in New Lanark industrielle Musterbetriebe schaffen. Er war es, der als erster erklärte, die Arbeiter sollten das Kapital in ihren Dienst nehmen, anstatt in den Dienst des Kapitals zu treten, wie das noch heute der Fall ist.

Zwei Jahrzehnte bevor die ersten Abschnitte von Marx' «Kapital» erschienen, eröffneten die Rochdale Pioniere ihren Konsumladen. Die Absicht war, eine Gemeinschaft auf kooperativer Grundlage aufzubauen, also auch Waren des täglichen Bedarfs zu fabrizieren und nicht nur zu verkaufen. Allein, der finanzielle Erfolg des Konsumladens ließ den Eifer für die Produktion in der Genossenschaft erlahmen. Die Leute fürchteten um ihre Dividenden. Sie kämpften gegen die Befürworter der Produktion, was zur Folge hatte, daß die Produktionsgenossenschaften, für die sich nur eine Minderheit einsetzte, auf ein Nebengeleise abgeschoben wurden. Hier blieben sie bis in die neueste Zeit, da auch die englischen Gewerkschaften mehrheitlich die Auffassung vertraten, daß die Arbeiter in erster Linie Konzessionen in den Bereichen der Löhne, der Arbeitszeit, der Sozialleistungen usw. von den Arbeitgebern erzwingen sollten, statt diese auf deren eigenem Gebiet, der Fabrikation, zu konkurrenzieren.

Das berühmte Forscherehepaar Sir Sidney und Beatrice Webb, deren negatives Urteil über die industrielle Gemeinschaftsproduktion die Einstellung der englischen Gewerkschaften bis weit in das 20. Jahrhundert beeinflußte, war der Meinung, Gemeinschaftsunternehmen von Produzenten müßten entweder einander bis zum Ruin bekämpfen oder unter sich Preise und Qualitäten absprechen, zum Schaden der Allgemeinheit. Nach den Webbs dienten Produktionsgenossenschaften nicht dem öffentlichen Interesse und waren daher «undemokratisch».

Auf die Frage, warum die Webbs zu diesem heute schwer verständlichen Urteil kamen, muß man immerhin bedenken, daß ihre Studien, zum Beispiel über «Cooperative Production and Profit Sharing (Gewinnbeteiligung)», in einer von der heutigen gänzlich verschiedenen Welt zustande kamen. Was heute als «Konsumgesellschaft» zu einem volkswirtschaftlich gängigen Begriff geworden ist, existierte zur Zeit ihrer Untersuchungen überhaupt nicht; die Einkommensschichtung war vielmehr derart, daß so notwendige Dinge wie gute Schuhe für einen großen Teil der Bevölkerung einen unerschwinglichen Luxus darstellten. Neuere Untersuchungen wie diejenige von Derek C. Jones über «The New Worker Cooperatives» (Spokesman Books 1976) kommen überdies zum Schluß, daß die Arbeiten von Beatrice Webb auf Angaben und Statistiken beruhten, die damals notorisch ungenügend waren und zu falschen Interpretationen verleiteten.

Scott Bader Commonwealth

Die neue Welle für Industrielle Gemeinwirtschaft, die mit dem Gesetz über «Industrial Common Ownership» einen ersten Durchbruch erzielte, ist vor allem auf die Pionierarbeit der «Scott Bader Commonwealth» zurückzuführen. Wir haben uns in den «Neuen Wegen» schon mehrfach mit diesem Unternehmen befaßt, am ausführlichsten in der Juli/August-Nummer 1972, die eine wertvolle Würdigung der bahnbrechenden Leistung Ernest Baders aus der Feder des kürzlich verstorbenen Ernst F. Schumacher enthält. Auch die Hefte vom Juni, September und Dezember 1974, vom März 1976 sowie vom Januar 1977 nehmen Bezug auf die Ziele Baders.*

Das Werk Baders ist der schlagendste Beweis dafür, daß es zur Verstaatlichung der Produktionsmittel alternative Strukturen gibt, die erfolgreich sind und überdies menschlichere Beziehungen innerhalb der Unternehmen ermöglichen. Zwar erhebt er nicht den Anspruch, mit seiner Commonwealth die ideale Unternehmensstruktur geschaffen zu haben; wohl aber darf er, unter Hinweis auf ihren stetig zunehmenden Umsatz und Gewinn, behaupten, daß Erfolg mit gemeinwirtschaftlicher Produktion mindestens nicht unvereinbar ist, falls gewisse Voraussetzungen erfüllt sind.

Bader sah ein, daß keine entscheidende Veränderung der Unternehmensstrukturen durchgeführt werden konnte ohne

— erstens die Umbildung der Eigentumsverhältnisse. Zu diesem Zweck gründete er die Scott Bader Commonwealth, auf die er bis 1963 das gesamte Eigentum seiner Firma, der Scott Bader & Co. Ltd., übertrug. Um seine eigenen Worte zu zitieren: «Gemeinschaftliches Eigentum ist eine natürliche Fortentwicklung aus der Gewinnbeteiligung oder dem Miteigentum oder irgendeinem Schema, nach dem Einzelpersonen Teilinteressen an einem gemeinsamen Unternehmen innehaben. Diese sind Zwischenstationen auf dem Wege, Dinge in Gemeinschaft zu besitzen ...»

— Zweitens war die freiwillige Annahme gewisser selbstverleugnender Anordnungen unumgänglich. Er vereinbarte mit den Mitgliedern der Commonwealth, seinen früheren Angestellten, eine Verfassung, um die Aufgaben des Unternehmens festzulegen. Darin wurden vier Aufgaben als gleichbedeutend anerkannt:

  a) die wirtschaftliche Aufgabe, Aufträge zu sichern, die einen Gewinn abwerfen;

  b) die technische Aufgabe, mit der eigenen Produktionskapazität stets auf der Höhe zu bleiben;

---

* Kürzlich ist eine Biographie über Ernest Bader erschienen, die am Schluß dieses Heftes besprochen wird.

c) die soziale Aufgabe, den Mitgliedern der Firma Möglichkeiten zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse und zur Weiterbildung zu geben;
d) die politische Aufgabe, andere Männer und Frauen zu ermutigen, die Gesellschaft zu verändern, indem man ihnen das Beispiel vorlebt, daß man ökonomisch gesund und sozial verantwortlich ist.

Es ist die Erfüllung der sozialen Aufgabe, die sowohl die größte Herausforderung darstellt als auch die größten Schwierigkeiten bietet. Baders Verdienst liegt gerade in der Erreichung von Zielen, die außerhalb der kommerziellen Grundsätze liegen, von menschlichen Aufgaben, denen im allgemeinen ein zweiter Platz zugewiesen wird oder die von der Wirtschaft überhaupt vernachlässigt werden. Statt den Menschen als ein Mittel zur Bereicherung der Kapitaleigentümer zu mißbrauchen, wird hier die industrielle Organisation zum Diener des Menschen. Das Zusammenwirken bei den gemeinsamen Arbeiten soll in der Sicht Baders aus dem Geist des praktischen Christentums hervorgehen.

Nun darf aber nicht verschwiegen werden, daß sich die industrielle Gemeinwirtschafts-Produktion vorläufig nur für kleine bis mittlere Betriebe eignet. Die Scott Bader Commonwealth trägt dieser Tatsache Rechnung; sie erachtet für ihre Organisation einen Mitgliederbestand von etwa 350 Personen als angemessen. Einem Wachstum über diese Grenze hinaus sollte durch die Gründung neuer unabhängiger Einheiten begegnet werden, die ebenfalls nach den Grundsätzen der Scott Bader Commonwealth zu organisieren wären. Ueber die Häufigkeit solcher Neugründungen fehlen uns leider die Unterlagen. Immerhin darf erwähnt werden, daß die Gemeinschafts-Unternehmungen der siebziger Jahre eine schwere Rezession erfolgreich überstanden und sich zusehends vermehrt haben.

Zukunftsperspektiven

Auf große Unternehmungen wurde die Gemeinwirtschaftsproduktion in England bislang noch nicht übertragen, obwohl ein Drittel aller britischen Arbeitskräfte in Organisationen mit über zweitausend Beschäftigten tätig sind. Die hundert größten Firmen Großbritanniens beschäftigen heute 40 Prozent aller Arbeiter, während in Firmen mit weniger als zweihundert Arbeitern nur noch 26 Prozent der Werktätigen angestellt sind. Dennoch müssen Mittel und Wege gesucht werden, um den «Großen», die das Wirtschaftsleben Großbritanniens beherrschen, ein gewisses Maß an Mitbestimmung aufzuerlegen.

Die Fabian Society verfolgt zur Zeit mit besonderem Interesse die Entwicklung des John Lewis Konzerns, der mit seinen 23 000 Mitarbeitern und einem Umsatz von 440 Millionen Pfund scheinbar nichts mit den Bestrebungen der Industrial Common Ownership zu tun hat.

Der Konzern weist jedoch gewisse Züge auf, die ihn den Gemeinwirtschaftsfirmen annähern, so eine Rechenschaftspflicht der Direktion gegenüber den Mitarbeitern, die nicht bloß auf dem Papier steht. Weiter heißt es in einem Artikel seiner Verfassung, «daß kein Arbeiter des Konzerns weniger verdienen dürfe, als zu einer anständigen Lebenshaltung notwendig ist». Das Fremdkapital der Firma, das 20 Prozent beträgt, darf nur zu einem bescheidenen, fixen Satz verzinst werden. Das sind mindestens drei Bedingungen, die an gemeinwirtschaftliche Unternehmen erinnern. Der John Lewis Konzern, dessen Statut zudem immer wieder zugunsten der Forderungen der Mitarbeiter revidiert wird, erweist sich damit noch als seltene Ausnahme unter den industriellen Großunternehmen in England. Andererseits verträgt sich die Konzentration der Macht in den Händen des Verwaltungsratspräsidenten (Chairman), wie die hierarchische Methode seiner Wahl nicht mit den Grundsätzen eines Commonwealth-Betriebs.

Während die Großunternehmen vorläufig keine Neigung erkennen lassen, sich auf Gemeinwirtschaft umzustellen, ist die gegenteilige Tendenz in großem Umfang von den kleinen und mittelgroßen Firmen zu erwarten. Gerade sie, die Arbeitskräfte für 90 Prozent der Fabrikationsbetriebe stellen, bedeuten sehr viel für die ökonomische Gesundheit der Nation. Viele von ihnen stellen Produkte her, die in ihrer Art weltberühmt sind, sodaß ihr Ueberleben, mit ihrem Know-how, ihren Erzeugnissen und Arbeitsplätzen für den Wiederaufstieg der englischen Wirtschaft unerläßlich ist. Für kleine und mittelgroße Firmen ist sicher die gemeinwirtschaftliche Produktion das Gebot der Stunde. Seit dem Gesetz von 1976 läge es in der Macht einer (Labour-)Regierung, ihre Unterstützung finanziell bedrängter Arbeiter-Kooperativen davon abhängig zu machen, daß sie die Verfassung von Gemeinwirtschafts-Organisationen à la Scott Bader annehmen.

Entscheidend für die gedeihliche Entwicklung der gemeinwirtschaftlichen Produktionsbetriebe ist, wie die Fabier-Broschüre feststellt, die Einstellung der Gewerkschaften. Man muß wünschen, daß sie ihre laue Haltung gegenüber dieser Produktionsform aufgeben, wie das teilweise schon geschehen ist. Was immer sie in der Vergangenheit zu ihrer ablehnenden Haltung veranlaßt haben mag, heute ist gemeinwirtschaftliche Produktion, wie sie die Scott Bader Commonwealth praktiziert, die fortschrittlichste Form der Mitbestimmung und verdient die tatkräftige Unterstützung der Werktätigen.

Schließen wir mit einigen Feststellungen von John Agnostelis, dem langjährigen Sekretär der Scott Bader Commonwealth, dem Manne also, der die Arbeitsweise dieses Unternehmens von innen heraus beurteilen kann. Er entnimmt der neuen Daseinsform geradezu lebenswichtige Aspekte für die Gegenwart. Unter dem Titel «Gewaltfreiheit

in der Industrie» schreibt er: «Industrielle Gewalttätigkeit beschränkt sich nicht auf Streiks und Go-slow-Taktik; sie schließt auch unethisches Geschäftsgebaren ein, Verschmutzung der Umwelt, Materialverschwendung, Aufkauf von Firmen, kurzfristige Entlassungen und Arbeitslosigkeit, gar nicht zu reden von der Erniedrigung des Geistes und der Vergewaltigung der menschlichen Gesundheit in der Industrie. — Wir halten dafür, daß der Weltfriede nicht gewahrt werden kann ohne möglichst vollständige Ueberwindung der Gewalt in der Industrie. Opposition gegen den Krieg ohne Beseitigung der industriellen Gewalt bleibt eine leere Geste.»

Auch das folgende Zitat aus dem Statut der Scott Bader Commonwealth von 1965 stellt die Bemühungen Ernest Baders und seines Kreises in eine weltweite Perspektive: «Die Commonwealth hat Verantwortung für die weite nationale und internationale Gemeinschaft und bemüht sich, dieser durch die Förderung der Bewegung für eine friedliche industrielle und soziale Ordnung gerecht zu werden. Sie soll eine echte Alternative zum Marktwirtschafts-Kapitalismus und dem vom Staate kontrollierten Kommunismus bieten. Eine solche Ordnung muß gewaltfrei sein, sodaß Liebe und Gerechtigkeit sich entfalten können.»

Natürlich bestehen viele Schwierigkeiten in der praktischen Verwirklichung dieser Ideale. «Nicht die geringsten sind Bürokratie, Vorurteile und Traditionen — oder das Schicksal, das so viele Ideale wie das Christentum, die amerikanische Verfassung, die Vereinten Nationen und den Frieden befallen hat: Sie wurden zu Institutionen —. Organisationen sollen Organe sein, die leben, wachsen und sich anpassen können.»

*

W. Sp. Die «Nutzanwendung» des englischen Genossenschaftssozialismus auf «schweizerische Verhältnisse» ist in einer Zeit der wirtschaftlichen Rezession (Verlust von mehr als 300 000 Arbeitsplätzen) und der politischen Reaktion (Ablehnung jeder systemverändernden Reform, insbesondere jeder echten Mitbestimmung) ohne weiteres einleuchtend. Ein derartiger Genossenschaftssozialismus würde auch zu unseren besten Rechtstraditionen passen. Im Kanton Zürich würde er sogar einem eigentlichen Verfassungsauftrag entsprechen. Der bislang unerfüllte Art. 23 der «Verfassung des eidgenössischen Standes Zürich vom 18. April 1869» lautet nämlich:

> **Der Staat fördert und erleichtert die Entwicklung des auf Selbsthilfe beruhenden Genossenschaftswesens. Er erläßt auf dem Wege der Gesetzgebung die zum Schutze der Arbeiter nötigen Bestimmungen.**